Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblamer“ und „Der Gemeinnützige“.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und kostet vierteljährlich durch Boten oder die Post bezogen 2,2 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,2 Mk.

Anzeigen werden spätestens bis 3 Uhr nachm. in Arnsberg, größere möglichst früh erbeten. Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 20 Pfg. Reklamen in Textspalte die Zeile 50 Pfg.

Fernsprecher: Arnsberg Nr. 44, Werl Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnsberg, Soest, Lippstadt, Meschede, Brilon, Olpe, Altena, Iserlohn und Hamm.

Postscheck-Konto: Cöln Nr. 33 446.

Nr. 278.

Telegr.-Adr.: Pöpperling.

Arnsberg und Werl, Samstag den 30. November 1918.

63. Jahrgang

An die Freunde der Westfälischen Zentrumspartei.

In schwerer Stunde richtet der Provinzialausschuß der westfälischen Zentrumspartei an die Wähler und Anhänger ein ernstes Wort.

Wir verwerfen auf das Entschiedenste jede einseitige Parteiherrschaft, von wem immer sie ausgeübt werden mag! Mit Millionen unserer Volksgenossen verlangen wir die schnellste Einberufung der Nationalversammlung, die über Staatsform und Verfassung des neuen Deutschland entscheidet. Bis dahin ist der bestehende deutsche Reichstag die berufene Vertretung des deutschen Volkes.

Um der Liebe zu unserem geprüften Volke willen, bitten wir Euch, Zentrumsfreunde in Stadt und Land, arbeitet überall an der Aufrechterhaltung der Ordnung mit. Es ist notwendig, in dieser Stunde auch mit politisch Andersdenkenden und -Wollenden an der Aufrechterhaltung der Ordnung zusammenzuarbeiten. Verlangt die Bildung von Wohlfahrtsausschüssen, die ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen, beruflichen und politischen Gliederung Euerer Städte und Gemeinden sein sollen. Wir haben die Pflicht der Mitarbeit. Wir haben aber auch das Recht, gehört zu werden!

Die Zentrumspartei hat sich von jeher als eine Volkspartei im besten Sinne des Wortes erwiesen und bewährt. Die neu gewordenen Verhältnisse geben ihr Veranlassung, ihre alte volksfreiheitliche Politik in beschleunigtem und verstärktem Maße nachdrücklichst fortzusetzen. Wir bekennen uns rückhaltlos zum demokratischen Volksstaate!

Neue und neuzeitliche Richtlinien waren erforderlich. Wir billigen die von einer Reihe von Körperschaften und Persönlichkeiten in Berlin aufgestellten Richtlinien und sehen darin eine brauchbare Grundlage für die Schaffung eines endgültigen festen und klaren Zentrumsprogramms.

Wir halten fest an dem alten Namen Zentrum, unter dem die Partei eine ruhmvolle Geschichte erlebte, wünschen aber einen Zusatz, etwa „christlich-demokratische Volkspartei“.

Das Zentrum hat zu allen Zeiten auch Angehörige nichtkatholischen Bekenntnisses willkommen geheißen. Umsomehr rufen wir angesichts der heutigen Lage unseres Vaterlandes und der den Grundlagen unserer christlichen Kultur drohenden Gefahren allen Volksgenossen, Männern und Frauen, zu: tretet ein in die Zentrumspartei, die christlich-demokratische Volkspartei, zur Erhaltung des christlichen Kulturideals.

Führt die Frauen in das politische Leben ein! Ladet sie zu Eueren großen und kleinen Versammlungen, stellt sie als gleichberechtigte Mitglieder in unsere Wahlorganisationen ein.

Sorgt dafür, daß insbesondere unsere jungen Leute mit den nötigen politischen Kenntnissen ausgerüstet werden, damit sie ein klares Bild der Lage und ein eigenes politisches Urteil erhalten.

Prüft die Ortsvertretungen! Ergänzt die Lücken, die die letzten Jahre hier oder da gerissen haben. Ein Heer begeisterter, mit ehrlicher Hingabe an die Partei erfüllter Vertrauensleute haben wir nötig.

Sorgt mit allem Nachdruck dafür, daß sich an allen Orten möglichst zahlreiche Zentrumsanhänger als zahlende Mitglieder mit einem festen Jahresbeitrage in die Mitgliederlisten eintragen lassen.

Vergeßt nicht, daß die großen Aufgaben auch große geldliche Mittel beanspruchen! Füllt die Wahlkassen! Sammelt an allen Orten die Parteibeiträge ein. Versichert Euch freiwilliger Sonderbeiträge zur Deckung der großen Kosten, die uns in Zukunft erwachsen.

Bleibt der Zentrumspartei getreu! Noch nie war eine christlich-demokratische Volkspartei so notwendig, wie jetzt. Noch nie war die Mitarbeit in ihr und mit ihr so sehr die heilige Pflicht eines jeden unserer Anhänger, wie in diesen Stunden und Tagen.

An die Arbeit in Stadt und Land! Großes steht auf dem Spiel!

Die am 26. November in Hamm versammelten Mitglieder des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei:

Reichs- und Landtagsabgeordneter Landesökonomierat Karl Herold, Loevelincloe-Münster. Hauptredakteur Aillinger, Paderborn. Arbeitersekretär H. Albersmann, Hagen. Abgeordneter Amtsgerichtssekretär Bartscher, Iserlohn. Generalsekretär Karl Brand, Münster. Abg. Berginvalide August Brust, Buer. Justizrat Diekamp, Bochum. Domprediger Dr. Donders, Münster. Abgeordneter Graf Max Droste zu Vischering, Vischering. Abg. Arbeitersekretär Johannes Gronowski, Dortmund. Abg. Dr. Grunenberg, Düsseldorf. Oberlandesgerichtsrat Gusinde, Hamm. Verleger Anton Hüffer, Münster. Verleger Lambert Lensing, Vorsitzender des Augustinusvereins, Dortmund. Abg. Oekonomierat Leppelmann, Hamicolt-Korup. Gewerke K. Loehr, Meggen. Dompropst Universitätsprofessor Prälat Dr. Mausbach, Münster. Pfarrer Sandhage, Hamm. Geistl. Rat Seminarprokurator Schäfers, Paderborn. Abgeordneter Landesrat Geheimrat Dr. Schmedding, Münster. Abg. Geh. Justizrat Schwartze-Lippstadt, Münster.

Ein Aufruf Hindenburgs.

WTB **Berlin**, 29. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat folgenden Aufruf an das Feldheer gerichtet:

Soldaten!

Ihr, die Ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie wichtig es für Heer und Heimat ist, daß sich die Rückführung der Armee und Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe und Ordnung vollzieht. Nur wenn jeder von Euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu vermeiden, welche die Rückführung so gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Da Ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos Euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von Euch Opfer fordert. Sie sind gegenüber allem dem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges an Strapazen geleistet habt, gering. Alle Jahrgänge, bis auf die von 96—99, die zunächst bei den Fahnen bleiben, sollen so schnell wie möglich entlassen werden. Laßt Euch nicht verführen, den Truppenteil vorzeitig und eigenmächtig zu verlassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung, sowie im Ablransport es kommen muß, wenn jeder Einzelne von Euch regellos der Heimat zuströmt. Ordnung und Zusammenhalten ist jetzt wichtiger denn je. Nur so wird eine glatte Zurückführung des Feldheeres nach den östlich des Rheins zunächst vorgesehenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist die Rückleitung der Verbände mit der Eisenbahn oder durch Fußmarsch zu den Ersatztruppenteilen vorgesehen. Mit Rücksicht auf die großen Anhäufungen von Truppen kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten werden sich nicht vermeiden lassen. Habt Geduld und Vertrauen, es wird jeder von Euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als die Umstände es gestatten. Keiner von Euch wird vergessen. Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung alles aufbietet, um Euch alle Euren Angehörigen sobald als möglich zuzuführen. Doch eines tut not: Ruhe und Ordnung.

v. Hindenburg.

Das Schicksal der Fürsten.

Der Thronverzicht Kaiser Wilhelms.

* **Berlin**, 29. Nov. Angesichts des Umstandes, daß bisher kein formeller Thronverzicht Kaiser Wilhelms und des deutschen Kronprinzen vorliegt, sondern nur jenes Telegramm des Kaisers, das an den Prinzen Max von Baden gerichtet war, und in welchem der Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen ausgesprochen wurde, hat sich die deutsche Regierung mit Wilhelm II. in Verbindung gesetzt, um ihn zur Erklärung des Thronverzichtes für sich und den Kronprinzen zu veranlassen. Nach einer allerdings noch nicht bestätigten Meldung soll bereits ein solcher formeller schriftlicher Verzicht Wilhelms II. für seine Person eingetroffen sein.

Die frühere Kaiserin in Holland eingelassen.

WTB **Amsterdam**, 28. Nov. Die frühere deutsche Kaiserin ist heute morgen in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Auto nach Schloß Amerongen weiter.

Die Verschärfung der Blockade durch die Unterbindung der Seefischerei.

WTB **Berlin**, 27. Nov. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der Internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht:

1. Nach Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß hier alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert werden würden, und hat von vornherein und wiederholt um Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter seitens der Alliierten und Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben worden seien. Am 20. November ist mitgeteilt worden, daß Admiral Beatty sich dem Admiral Meurer gegenüber als nichtzuständig für die Fragen der Handelsschiffahrt erklärt und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten habe.

3. Es sind bisher weder die Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

4. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden, und die Seefischerei unterbunden wird; zu der Gefahr des Verhungerns mit allen ihren Folgeerscheinungen tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung.

5. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen und somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Der Kampf gegen Solf und Scheidemann.

* **Berlin**, 29. Nov. Die Beratung über die Solfsche Angelegenheit wurde gestern nachmittag im Kabinettsrat zurückgestellt, da wichtigere Aufgaben drängten. Die Nachricht, daß Solf seine Demission eingereicht habe, ist unrichtig. Sollte Solf schließlich gleichwohl gehen, so wäre das keinesfalls auf das Eisnersche Vorgehen, sondern auf seinen Gegensatz zu Haase zurückzuführen, den dieser bereits auf der Reichskonferenz erwähnte und der durch die Haltung des Auswärtigen Amtes in der Pressekonferenz noch verstärkt worden ist. Sämtliche Beamten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Solf solidarisch erklärt.

Die Nachricht, daß Scheidemann sich mit Demissionsabsichten trage, wird aus Kreisen der Mehrheitspartei als unrichtig bezeichnet. Scheidemann sei nicht als Person, sondern als Vertrauensmann seiner Partei eingetreten, und der Rücktritt Scheidemanns würde bedeuten, daß die Sozialdemokratie sich von der Regierung zurückzieht. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, ist von den sozialistischen Vertretern im Kabinett das Uebereinkommen mit den Unabhängigen erneut betont worden, nach dem keine Partei in der Auswahl ihrer Vertrauensmänner hineingeredet werden soll. Die drei Unabhängigen im Kabinett haben es jedoch abgelehnt, diesem Beschluß beizutreten.

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Genossen! Kameraden!

Am 23. November haben wir einen Aufruf erlassen, der zum Zusammentritt einer Delegiertenversammlung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte auffordert. Nach dem Delegationsmodus, der in diesem Aufruf vorgeschlagen wurde, würden entfallen: auf Regierungsbezirk Münster 5 Delegierte; Regierungsbezirk Minden 4 Delegierte; Regierungsbezirk Arnsberg 11 Delegierte.

Wir bitten die Arbeiter- und Soldatenräte der einzelnen Regierungsbezirke, Provinzen und Freistaaten, Bezirks-, Provinz- oder Landeskonferenzen abzuhalten, auf denen Delegierte für die Versammlung am 16. Dezember 1918 gewählt werden könnten.

Berlin, den 25. November 1918.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins:
gez.: Rich. Müller. Molkenbuhr.

Die Demobilisierung.

* **Kassel**, 29. Nov. Bis jetzt ist die Demobilisierung glücklich durchgeführt worden. Es besteht die Hoffnung, daß auch weiterhin ernste Schwierigkeiten nicht eintreten werden. Eine Mißstimmung zwischen Berlin und der obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe besteht nicht, und es ist zu sagen, daß bei der Obersten Heeresleitung die Hoffnung besteht, daß, durch den unangenehmen Zwischenfall mit dem Kommandeur der ersten Armee General von Eberhardt gewarnt, die Rückführung in die Heimat und vollkommene Demobilisierung im engsten Einverständnis und Zusammenwirken mit der Reichsregierung durchgeführt werden können.

Die Franzosenherrschaft in Straßburg.

* **Straßburg**, 27. Nov. Marschall Pétain hat vorgestern seinen Einzug in Straßburg gehalten. Aus Berichten der Blätter ersieht man, daß an Wohnungen verschiedener Altdeutschen Gewalttätigkeiten verübt wurden, so auch an der des aus Baden eingewanderten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Straßburgs, Böhle. Auch die Standbilder der Hohenzollernkaiser am Hauptpostamt sind nunmehr zertrümmert worden.

An den Einzugsfeierlichkeiten nahm auch die Tochter des Präsidenten Wilson teil, die bereits seit einem Monat in Frankreich weilt. Poincaree und Clemenceau werden in Begleitung des Kammerpräsidenten, vieler Abgeordneter und anderer Persönlichkeiten am 9. Dezember Straßburg besuchen.

Der neue Herr im Saarlal.

* **Saarbrücken**, 27. Nov. Auf Anordnung der französischen Kommandantur dürfen nach oder aus Saarbrücken nur noch Personen reisen, die sich darüber ausweisen können, daß sie aus beruflichen Gründen (Arbeiter, Beamte, Schüler, Angestellte von Geschäften usw.) in Saarbrücken aufhalten müssen. Am Hauptbahnhof ist eine Uebermachungsstelle eingerichtet. Das gleiche gilt für alle Personen, die zu Fuß oder mit der Straßenbahn in die Stadt kommen. Oeffentliche Versammlungen und alle politischen Versammlungen sind vorläufig verboten. Von allen öffentlichen Vergnügungen sind Programme am Tage der Veranstaltung der Kommandantur einzureichen. Jede Ansammlung auf der Straße wurde verboten, desgleichen der Ausschank von Schnaps und Likör. — In Saarlouis hat der Platzkommandant bekannt gemacht, daß die französischen Fahnen durch Hutabnehmen zu grüßen sind. In der Unterlassung dieser Sitte würden die französischen Soldaten eine beabsichtigte Feindseligkeit erblicken.

Die französische Regierung wird Straßburg besuchen.

* **Rotterdam**, 28. Nov. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus Paris: Die französische Regierung